



N i e d e r s c h r i f t

14. Öffentliche Sitzung des Kreistages

Sitzungstermin: Donnerstag, 10.12.2009
Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr
Sitzungsende: 19:35 Uhr
Ort, Raum: Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Herr Zylka, Winfried, Kreispräsident

Herr Säker, Peter, 1. stv. Kreispräsident

Frau Jahn, Rosemarie, 2. stv. Kreispräsidentin

Frau Albert, Bettina

Frau Algier, Ute

Herr Berg, Arne-Michael

Herr Brauer, Sven-Hilmer

Frau Brocks, Simone

Herr Bülow, René

Herr Dingeldein, Gottlieb

Herr Gloger, Peter

Frau Grote, Doris

Frau Hahn-Fricke, Angelika

Frau Hauschildt, Helga

Frau Mattheus, Marion

Herr Miermeister, Joachim

Herr Mohr, Wilfried

Frau Rathje-Hoffmann, Katja

ab 16:50 Uhr (TOP 8)

Herr Scheiwe, Hans-Jürgen

Herr Dr. Schuckart, Manfred

Herr Schulz, Dietmar

Herr Völker, Carsten Ulrich

Frau von der Mühlen, Dagmar

Herr Wengler, Wilfried

ab 15:40 Uhr (TOP 8)

Herr Wulf, Henning

Frau Altenhöner, Jutta

Herr Beeth, Rudolf G.

Frau Brüggemann, Diane

Herr Bruß, Volker
Herr Busch, Gerd-Rainer
Herr Ehlers, Marc-André
Herr Köpke, Tobias ab 16:35 Uhr (TOP 8)
Herr Krause, Klaus-Jürgen
Frau Lange, Ulla
Frau Lessing, Edda
Frau Marcussen, Rita
Frau Olef, Ingrid
Herr Sass-Olker, Hans-Jürgen
Herr Wagner, Alexander
Herr Wilken, Arnold
Frau Würfel, Lore
Herr Behm, Joachim
Herr Eberhard, Klaus-Peter
Frau Loedige, Katharina
Herr Dr. Muschke, Manfred
Herr Schnabel, Wolfgang
Herr Schroeder, Klaus-Peter
Herr Curdt, Dietmar
Herr Gutenschwager, Arne
Herr Hansen, Arne
Frau Reinders, Anette bis 18:00 Uhr (TOP 8)
Herr Schulz, Raimund
Herr Stoltenberg, Peter
Herr Trapp, Jörg ab 15:30 Uhr (TOP 8)
Herr Kittler, Heinz-Michael
Herr Lübbers, Hermann
Herr Murawski, Volker
Herr Dose, Joachim
Frau Pawlik, Anke, Kreissenorenbeirat
Frau Landrätin Hartwig
Frau Haß, FBL Zentrale Steuerung
Herr Dr. Hoffmann, FBL Jugend, Familie, Soziales, Kultur
Herr Knoche, FBL Umwelt, Planen, Bauen
Herr Schröder, FBL Ordnungswesen und Straßenverkehr
Herr Dr. Warlies, FBL Gesundheit für Mensch und Tier
Herr Wulf, Vorstand GMSE
Herr Bügling, FDL Rechnungsprüfung, Gemeindeprüfung
Herr Kruse, Personalrat
Frau Maletz-Diestelkamp, Gleichstellungsbeauftragte
Herr Wolf, FDL Rechtsangelegenheiten, Kommunalaufsicht
Herr Eickstädt, Protokollführer

Abwesende:

Herr Buthmann, Jörg entschuldigt

Herr Dieck, Claus Peter	entschuldigt
Frau Glage, Annette	entschuldigt
Herr Jordt, Michael	entschuldigt
Herr Petersen, Helge	entschuldigt
Herr Böttcher, Renee	entschuldigt

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Umbesetzung von Ausschüssen/Gremien
- 3 Änderung der Gebührentabelle zur Satzung des Kreises Segeberg über die Kostenerhebung im Gesundheitswesen
Vorlage: DrS/2009/126
- 4 Neuordnung des Beratungswesens im Kreis Segeberg
hier: Verlängerung der bestehenden Verträge um ein Jahr
Vorlage: DrS/2009/143
- 5 Öffentlich-rechtlicher Vertrag nach § 19 a GkZ zwischen dem Kreis Steinburg und dem Kreis Segeberg über die Durchführung der amtlichen Trichinenuntersuchung (Übertragung der Durchführung der Trichinenuntersuchung auf den Kreis Steinburg/Mitbenutzung des Fleischhygienelabors Kellinghusen)
Vorlage: DrS/2009/134
- 6 Leitfaden des Kreises Segeberg zu den Folgen der demografischen Entwicklung in Bezug auf die älter werdende Bevölkerung (Strategisches Management 1.6.1)
Vorlage: DrS/2009/152
- 7 Prioritätenliste des Kreises Segeberg für die investive Sportförderung im Jahr 2010
Vorlage: DrS/2009/153
- 8 Finanzwirtschaft des Kreises Segeberg
 - a) Haushaltssatzung 2010
 - b) Ergebnis- und Finanzplan 2010 ff.
 - c) Stellenplan 2010
 - d) Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes (ISE)
 Vorlage: DrS/2009/156
- 8.1 Erhöhung der Mahlzeitenförderung für bedürftige Schülerinnen und Schüler an Ganztagschulen
Antrag Fraktion Die LINKE
Vorlage: DrS/2009/176
- 9 Änderung der Hauptsatzung
Antrag Fraktion B90/Die Grünen
Vorlage: DrS/2009/175
- 10 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.11.2009

11 Aktuelle Fragezeit

12 Einwohnerfragestunde II

Protokoll:

Der Kreispräsident eröffnet die 14. Sitzung des Kreistages. Er stellt fest, dass der Kreistag ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist. Zum Protokollführer bestellt er Herrn Eickstädt. Er begrüßt die anwesenden Gäste und anschließend insbesondere die Landrätin, die sich nach Ihrem Autounfall seit dieser Woche wieder im Dienst befinde. Anschließend gratuliert er Herrn Stoltenberg nachträglich zum 60. Geburtstag.

Danach verweist er auf die Tischvorlagen. Dabei besonders auf die aktuelle Änderungsliste zum Haushalt, welche heute die Grundlage der Beratung bilden werde. Weiterhin dankt er Frau Hauschildt für die Zitatensammlung.

Aus dem Landkreistag verweist er auf einen Resolutionsentwurf, welchen der Landkreistag zum Beschluss empfohlen habe. Inhalt sei den Ministerpräsidenten aufzufordern, dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Bundesrat nicht zuzustimmen, soweit dies zu Einnahmeverlusten für das Land und den kommunalen Gebietskörperschaften führe. Der Kreistag nimmt dies zur Kenntnis. Der Antrag, dieses Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen wird nicht gestellt. Darüber hinaus werden keine Änderungen zur Tagesordnung vorgebracht. Damit ist diese wie vorgelegt genehmigt.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Herr Wilke aus der Gemeinde Mözen erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Breitbandstrategie des Kreises. Die Landrätin erläutert anschließend zunächst die aktuelle Versorgungssituation im Kreis. Daneben habe das Land als Schwellenwert die Mindestbandbreite von zwei Mbit/s festlegt. Aktuell würden im Kreisgebiet nur rd. 40.000 Einwohner eine geringere Bandbreite zur Verfügung haben. Die Gemeinden, die unter dem Schwellenwert liegen würden, könnten beim Land bis zu 200.000 Euro Fördermittel beantragen, um die Situation zu verbessern. Abschließend verweist sie auf die Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 25.01.10. Dort werde es weitere Informationen geben.

Herr Kruse als Bauausschussvorsitzender der Gemeinde Bornhöved berichtet, dass die Kreisstraßen, die durch die Gemeinde verlaufen würden, immer schlechter werden würden. Er bittet um eine Stellungnahme, welche Investitionen der Kreis geplant habe. Insbesondere bezogen auf die K 40. Diese Frage solle im Kontext der Haushaltsberatungen geklärt werden.

zu 2 Umbesetzung von Ausschüssen/Gremien

Umbesetzungen Fraktion Die LINKE:

Ausschuss	Nachfolger	Vorgänger	Status
JHA	Danny Blechschmidt für	Stefanie Fox	stellv. Mitglied (bgl.)
OVG	Danny Blechschmidt	-	zusätzliches stellv. Mitglied (bgl.)

PUA	Danny Blechschmidt für	<i>Stefanie Fox</i>	stellv. Mitglied (bgl.)
Soza	Harald Köll für	<i>Ottmar Radtke</i>	stellv. Mitglied (bgl.)
ÖPNV-Beirat	Heinz Pohlenz für	<i>Ottmar Radtke</i>	stellv. Mitglied (bgl.)

Stefanie Fox als stellv. Mitglied im ÖPNV-Beirat streichen.

Umbesetzungen CDU-Fraktion:

Ausschuss	Nachfolger	Vorgänger	Status
JHA	Marion Mattheus für	<i>Gottlieb Dingeldein</i>	stellv. Mitglied

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 54 Ablehnung: - Enthaltung: -

**zu 3 Änderung der Gebührentabelle zur Satzung des Kreises Segeberg über die Kostenerhebung im Gesundheitswesen
Vorlage: DrS/2009/126**

Der Kreistag beschließt ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Die Gebührentabelle über die Kostenerhebung im Gesundheitswesen wird wie in der Anlage dargestellt neu gefasst.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 51 Ablehnung: 3 Enthaltung: -

**zu 4 Neuordnung des Beratungswesens im Kreis Segeberg
hier: Verlängerung der bestehenden Verträge um ein Jahr
Vorlage: DrS/2009/143**

Der Kreistag beschließt ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Segeberg bietet den im Beratungswesen tätigen freien Angebotsträgern eine Verlängerung der bestehenden Verträge ohne Veränderung der Konditionen um ein Jahr bis zum 31.12.2011 an. Ausgenommen davon sind die Familienbüros.

Gleichzeitig wird die ursprünglich für das Jahr 2010 vorgesehene Entscheidungsfindung zur Neuordnung des Beratungswesens im Kreis Segeberg auf das 1. Halbjahr 2011 verschoben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 54 Ablehnung: - Enthaltung: -

**zu 5 Öffentlich-rechtlicher Vertrag nach § 19 a GkZ zwischen dem Kreis Steinburg und dem Kreis Segeberg über die Durchführung der amtlichen Trichinenuntersuchung (Übertragung der Durchführung der Trichinenuntersuchung auf den Kreis Steinburg/Mitbenutzung des Fleischhygienelabors Kellinghusen)
Vorlage: DrS/2009/134**

Der Kreistag beschließt ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt dem öffentlich-rechtlichen Vertrag nach § 19 a GkZ zwischen dem Kreis Steinburg und dem Kreis Segeberg über die Durchführung der amtlichen Trichinenuntersuchung (Mitbenutzung des Fleischhygienelabors Kellinghusen) in der vorgelegten Fassung zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 54 Ablehnung: - Enthaltung: -

**zu 6 Leitfaden des Kreises Segeberg zu den Folgen der demografischen Entwicklung in Bezug auf die älter werdende Bevölkerung (Strategisches Management 1.6.1)
Vorlage: DrS/2009/152**

Der Kreistag verständigt sich darauf, den Leitfaden heute zu verabschieden und zusätzlich die Fachausschüsse zu bitten, dieses Thema im ersten Halbjahr 2010 zu behandeln, um die Ergebnisse daraus ins das Strategische Management einbinden zu können. Anschließend stellt der Kreispräsident diesen Vorschlag zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Leitfaden des Kreises Segeberg - Älter werden im Kreis Segeberg - wird beschlossen. Der Kreistag bittet die Fachausschüsse dieses Thema im ersten Halbjahr 2010 zu behandeln, um die Ergebnisse daraus ins das Strategische Management einbinden zu können.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 54 Ablehnung: - Enthaltung: -

**zu 7 Prioritätenliste des Kreises Segeberg für die investive Sportförderung im Jahr 2010
Vorlage: DrS/2009/153**

Der Kreispräsident stellt die Beschlussempfehlung des Hauptausschusses ohne weitere Aussprache zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die vom Kreissportverband Segeberg e.V. vorgelegte Prioritätenliste 2010 für die Durchführung der investiven Sportförderung des Kreises Segeberg.

Aufgrund der bisher gemachten Erfahrungen mit dem Vertrag zwischen dem Kreis und dem Kreissportverband wird dieser im § 4 Abs. 3 wie folgt geändert:

Der bisherige Satz 2 „Evtl. Änderungen und Ergänzungen der Prioritätenliste im Laufe eines Jahres bedürfen der vorherigen Zustimmung des Kreises“ wird ersetzt durch folgenden Passus: „Der Kreissportverband wird ermächtigt, die Prioritätenliste im Laufe eines Jahres zu ändern, soweit hierdurch keine neuen Investitionsmaßnahmen zur Mitfinanzierung durch den Kreis aufgenommen werden.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 54 Ablehnung: - Enthaltung: -

- zu 8 Finanzwirtschaft des Kreises Segeberg**
a) Haushaltssatzung 2010
b) Ergebnis- und Finanzplan 2010 ff.
c) Stellenplan 2010
d) Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes (ISE)
Vorlage: DrS/2009/156

Zum Einstieg in den Tagesordnungspunkt verweist der Kreispräsident auf die aktuelle Änderungsliste zum Haushaltsentwurf, welche die heutige Beratungsgrundlage darstelle.

Anschließend verweist die Landrätin zunächst auf die allgemeine gesamtwirtschaftliche Situation, welche eine bisher einmalige Ausnahmesituation darstelle. Danach führt sie zum Haushaltsentwurf aus, dass die Verwaltung diesen mit einem Fehlbedarf im Ergebnishaushalt in Höhe von 6,2 Mio. Euro und einer Nettoneuverschuldung von 3,2 Mio. Euro vorgelegt habe. Ziel bei der Aufstellung des Haushaltes sei die Konsolidierung gewesen. Bei dieser aggressiven Haushaltskonsolidierung hätten alle Stellen sehr engagiert mitgearbeitet. Gründe, warum dieser Fehlbedarf entstanden sei, seien vor allem der Rückgang der Kreisschlüsselzuweisungen und der Kreisumlage und der weitere Anstieg der Aufwendungen im Sozial- und Jugendhilfebereich. Weiterhin verweist sie auf die mittelfristigen Finanzdaten, wonach in den folgenden Jahren jährlich ein Fehlbedarf von rd. 20 Mio. Euro entstünde. Im Folgenden erläutert sie Maßnahmen für die Zukunft. Dabei sei eine ernsthafte Ausgabenkritik von entscheidender Bedeutung. Im Weiteren geht sie auf das Ergebnis der Beratungen im Hauptausschuss ein. Danach weise der Haushalt einen Fehlbedarf von rd. 5,5 Mio. Euro aus und die Nettoneuverschuldung betrage 3,3 Mio. Euro. Die Reduzierung des Fehlbetrages sei im Wesentlichen durch die Deckelung der Personalkosten entstanden. Es sei zwar richtig über die Personalkosten kritisch nachzudenken, jedoch müsse dies mit den richtigen Werkzeugen geschehen, das bedeute teilplanorientiert und aufgabenkritisch. Eine pauschale Kürzung sei nicht umsetzbar und nicht seriös. Weiterhin könnte dieses zur Folge haben, dass gesetzliche Aufgaben nicht mehr erfüllt werden könnten. Gleiches gelte für die pauschalen Kürzungen in den Sachbudgets. Diese pauschalen Kürzungen würden ein falsches Signal darstellen. Abschließend wirbt sie dafür, einen ehrlichen Haushalt zu beschließen.

Herr Wulf (CDU) als Vorsitzender des Hauptausschusses dankt zu Beginn seines Redebeitrages allen Beteiligten für geleistete Arbeit. Anschließend kritisiert er, dass sich der Haushaltsentwurf nicht an den Finanzziele des Kreises orientiere, da kein ausgeglichener Entwurf vorgelegt worden sei. Dass die Landrätin sage, dass dies nicht möglich gewesen sei, sei ein Offenbarungseid. Er verweist darauf, dass der Kreis durch die Gesetze des Bundes und des Landes ständig neue Aufgaben bekomme, ohne die dafür notwendigen finanziellen Mittel zu erhalten. Der Haushaltserlass der Innenminister sage aus, dass bis 2013 rd. 300 Mrd. Euro Steuereinnahmen fehlen würden. Daher sei eine strikte Konsolidierung geboten. Jedoch müsse der Haushalt trotz aller Bemühungen mit Schulden finanziert werden und die Finanzierung über Konsumkredite führe ohne Umwege in die Schuldenfalle.

Zum Wirtschaftsplan der ISE empfiehlt er dem Kreistag, diesen so wie vom Hauptausschuss empfohlen zu beschließen. Bezüglich des Stellenplanes führt er aus, dass es ein Einsparvorschlag der CDU-Fraktion sei, die Personalkosten auf 25,9 Mio. Euro zu beschränken. Abschließend erklärt er, dass der Hauptausschuss empfehle, dass vorliegende Ergebnis zu akzeptieren und zu beschließen.

Herr Dingeldein (CDU) kritisiert zunächst, dass der Haushaltsentwurf keine Einsparvorschläge seitens der Verwaltung enthalten habe. Dieses hätte zwingend geschehen müssen. Nach intensiver Beratung des Entwurfs komme die CDU-Fraktion zum Schluss, dass dieser so nicht akzeptabel sei. Daher habe seine Fraktion im Hauptausschuss eine Reihe von Einsparvorschlägen unterbreitet. Daneben betont er, dass die Kreisumlage nicht erhöht werden solle. In diesem

Zusammenhang kritisiert er, dass die Landrätin den Bürgermeistern prognostiziert habe, dass die Kreisumlage ab 2011 steigen werde. Davon könne keine Rede sein. Der größte Einsparvorschlag der CDU-Fraktion sei die Deckelung der Personalkosten gewesen. Dieses habe der Hauptausschuss mit Mehrheit verabschiedet, denn der Kreis könne sich diese hohen Personalkosten zukünftig nicht mehr leisten. Jedoch solle die Landrätin entscheiden, wie sie diese Mittel einsetzen wolle. Anschließend erklärt er, dass er froh sei, dass die freiwilligen Listungen auch für 2010 erhalten werden konnten. Abschließend warnt er noch einmal davor, die Kreisumlage zu erhöhen, um damit gesetzliche Aufgaben zu erfüllen und die Gemeinden weiter einzuschränken. Danach bittet er um Zustimmung zu dem Haushaltsentwurf mit der heute vorgelegten Änderungsliste.

Herr Wilken (SPD) führt aus, dass die Zahlen im Haushalt für ihn in vielen Bereichen geschönt seien und er nicht davon ausgehe, dass diese Ansätze auskömmlich seien. Daneben verweist er auf die künftigen Fehlbedarfe, die in den Jahren ab 2011 auf den Kreis zukommen würden. Aus seiner Sicht würden die Beschlüsse, die heute gefasst werden sollen, in besonderer Weise die Mitarbeiter des Kreises treffen. Er habe erhebliche Bedenken gegen eine Deckelung der Personalkosten. Dabei verweist er auf den heute vorgelegten Änderungsantrag seiner Fraktion und betont, wie wichtig das Personal insbesondere im Bereich des ASD sei. Dort dürfe nicht gespart werden. Insgesamt sei der vorgelegte Haushaltsentwurf mit einer Reihe von Sparvorschlägen seitens der Verwaltung ein gutes Ergebnis und dafür bedanke sich die SPD-Fraktion bei der Verwaltung. Er betont jedoch auch, dass er kein Verständnis dafür habe, dass die Forderung nach zusätzlichem Personal in den Fachbereichen III und V erst in letzter Minuten vorgelegt worden sei, als der Haushalt schon gedruckt gewesen sei. Abschließend erklärt er, dass die SPD-Fraktion die Personalkostendeckelung abmildern wolle, nur dann könne sie dem Haushalt zustimmen, ansonsten übernehme die CDU-Fraktion alleine die Verantwortung dafür, wenn Aufgaben nicht mehr ordnungsgemäß erfüllt werden würden.

Herr Schnabel (FDP) sagt, dass der vorgelegte Haushalt Ausdruck sei, dass man sich der Krise entgegenstelle. Daneben betont er, dass die Sparmaßnahmen in dieser Situation weh tun müssten. Dieses sei bei den vorgelegten Vorschlägen der Fall. Die FDP-Fraktion werde diesen Vorschlägen zustimmen. Gleichwohl stelle der Haushalt noch immer einen Substanzverlust dar. Es gelte jedoch die Verlässlichkeit des Kreises gegenüber den Bürgern und Vereinen und Verbänden sicherzustellen. Anschließend verweist er auf die gestiegenen Ausgaben und Fallzahlen im Bereich der sozialen Leistungen. Der Hauptausschuss habe in seiner Sitzung gute Arbeit geleistet und das Defizit von 7 Mio. Euro auf 5,5 Mio. Euro reduziert. Die vorgelegten Vorschläge, insbesondere die Deckelung der Personalkosten, seien ein notwendiger Kompromiss. Für die Zukunft sei eine funktionierende Wirtschaftsförderung dringend notwendig, um das nötige Wachstum herbeizuführen. Dies hätte auch zur Folge, dass die Sozialausgaben sinken würden. Abschließend verweist er auf das Jahr 2011. Bis dahin werde sich die Situation weiter anspannen.

Herr Stoltenberg (B90/Die Grünen) erklärt, dass seine Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen könne, da der Kreis diesen in wesentlichen Teilen weder veranlasst habe oder beeinflussen könne. Anschließend kritisiert er, dass ein Großteil der Steuereinnahmen für die Selbstbeschäftigung des Staates aufgewandt werde. Weiter führt er aus, dass dem Haushalt ein strukturelles Problem zugrunde liege, welches nur bedingt durch Einsparungen beseitigt werden könne. Außerdem betont er, dass seine Fraktion keinen weiteren Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich zustimmen werde. Um die Lage des Kreises zu verbessern, müsse die Einnahmesituation verbessert werden und dafür gebe es nur zwei Möglichkeiten. Entweder die Konjunktur springe an und die Kreisumlage steige oder das Land erhöhe seine Zuweisungen. Zum Haushaltsentwurf führt er aus, dass die einfache Deckelung der Personalkosten keine Lösung sei, zunächst müsse man die Verwaltungsabläufe prüfen und optimieren und auch die Ausgliederung des Gebäudemanagements kritisch hinterfragen.

Abschließend spricht er sich dafür aus, dass sich der Kreis einer Aufgabenkritik stellen solle, wenn das Land dazu nicht in der Lage sei. Man müsse strukturelle Lösungen finden.

Herr Kittler (Die LINKE) verweist auf die Entwicklung des Volkseinkommens der letzten Jahre.

Dieses sei jeweils gestiegen. Es bestehe lediglich ein Umverteilungsproblem. Zum Haushalt führt er aus, dass dieser einen Fehlbetrag ausweise und es schon heute klar sei, dass dieser in den nächsten Jahren deutlich größer werden werde. Daneben kritisiert er das Verhalten des Bundes, der viele Kosten auf die Länder abwälze. Dieses habe auch der Ministerpräsident kritisiert. Gleichzeitig weist er daraufhin, dass jedoch die schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Bundestag zugestimmt hätten. Gleiches erwartet er, wenn es in der nächsten Woche um das Gesetz der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft gehe. Aus seiner Sicht sei der Haushalt des Kreises nicht fremdbestimmt, denn die jeweiligen Abgeordneten auf Bundes- und Landesebene seien von den örtlichen Parteien entsandt. Die Sparvorschläge der CDU-Fraktion bezeichnet er als kontraproduktiv, da der Kreis gesetzliche Aufgaben habe. Daher werde seine Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen.

Die Landrätin betont unter Bezug auf den Beitrag von Herrn Dingeldein, dass sie keine Aussage zur Erhöhung der Kreisumlage in den nächsten Jahren getroffen hätte. Zur Deckelung der Personalkosten erklärt sie, dass es kaum möglich sei, die Regelung wie vom Hauptausschuss empfohlen, umzusetzen. Der Rahmen des Haushalts- und Stellenplanbeschlusses müsse angemessen sein, um die Aufgaben angemessen erledigen zu können. Daneben handle es sich bei den Personalkosten um Fixkosten. Es gebe bei den Personalkosten eine Deckungslücke von fast 600.000 Euro. Dies hätte zur Folge, dass die Stellen im ASD und in der Bauaufsicht nicht besetzt werden könnten und so eine gesetzliche Aufgabe nicht erfüllt werden könne. Auch die pauschale Kürzung der Aufwendungen für Sachkosten sei nicht umsetzbar, da es in vielen Fällen vertragliche Verpflichtungen gebe, denen der Kreis nachkommen müsse. Es handle sich bei diesen Kosten nicht um Kosten für Büromaterial, sondern um fachbezogenes Material.

Pause von 17:00 Uhr – 17:30 Uhr.

Herr Mohr (CDU) führt aus, dass ein Haushaltsausgleich auf keiner Ebene, nicht bei den Gemeinden, nicht beim Land und nicht beim Bund, erzielt werden könne. Nach den Beratungen der Fachausschüsse habe die CDU-Fraktion in den Hauptausschusssitzungen am 03. und am 08.12.09 Vorschläge gemacht, um den Fehlbedarf zu reduzieren. Diese Punkte seien vom Hauptausschuss und der Verwaltung intensiv beraten worden. Daneben verweist er auf die Beschlüsse des Hauptausschusses, sämtliche Verträge vorsorglich zum nächstmöglichen Datum zu kündigen. Die CDU-Fraktion erkenne an, dass alle von den Fachausschüssen beschlossenen Maßnahmen für eine optimale Aufgabenerfüllung notwendig seien, jedoch sei dies für den Kreis nicht finanzierbar und die CDU-Fraktion nehme in Kauf, dass eine optimale Aufgabenerfüllung nicht gewährleistet werden könne. Daher habe die CDU Einsparvorschläge unterbreitet, zu denen auch die Deckelung der Personalkosten gehöre. Er betont, dass es unsozial sei, wenn der Kreis weitere Schulden machen würde und dadurch der Zinsaufwand steigen würde.

Die CDU-Fraktion akzeptiere den Stellenplan ohne die neu zu schaffene Referentenstelle für die Landrätin. Die Landrätin solle auf vorhandene Mitarbeiter zurückgreifen. Daneben sei Aufgabenkritik im Einzelnen die Aufgabe der Landrätin und nicht der Selbstverwaltung. Nach dem Beschluss des Haushaltes sei es Aufgabe der Verwaltung diesen umzusetzen.

Frau Olef (SDP) erklärt, das im Kreistag seit Jahrzehnten über die schlechte finanzielle Lage berate und dass stets betont werde, dass gespart werden müsse. Bereits im Jahr 1999 habe der Kreistag zum Ziel erklärt, dass die Nettoneuverschuldung zu verhindern sei. Dies sei jedoch in den folgenden Jahren nicht einhaltbar gewesen. Alle Einsparbemühungen hätten keinen Erfolg gebracht, da die Sozialleistungen weiter gestiegen seien. Abschließend kritisiert sie, dass die Einsparvorschläge der CDU-Fraktion erstmals am 03.12.09 vorgelegt worden seien. Dieses müsse aus ihrer Sicht ein einmalige Vorgang bleiben, da alle Abgeordneten ausreichend Zeit benötigen würden um die Konsequenzen dieser Maßnahmen zu beraten.

Herr Wulf (CDU) führt zunächst aus, dass die von der CDU-Fraktion gemachten Einsparvorschläge das Ergebnis langer Beratungen nach den Fachausschusssitzungen seien. Daneben

sei die CDU die einzige Fraktion, die Einsparvorschläge unterbreitet habe. Anschließend gibt er eine persönliche Erklärung zur Finanzlage des Kreises ab und erklärt, dass er dem Haushalt nicht zustimmen könne, da er keiner fremdbestimmten weiteren Verschuldung des Kreises zustimmen könne.

Herr Kruse, der Personalratsvorsitzende der Kreisverwaltung, erläutert zur Situation des Personals, dass in den Jahren 2003 bis 2008 beim ASD über 50 % Mehrarbeit entstanden sei und es zwei Überlastungsanzeigen gegeben habe. Die Mitarbeiter des ASD hätte eine Garantenpflicht, dies bedeute, dass sie persönlich haftbar gemacht werden können. Im Bereich des Brandschutzes sei der Kreis verpflichtet gesetzliche Ausgaben zu erfüllen. Eine Deckelung der Personalkosten, wie sie heute vorgeschlagen werde, sei nicht umsetzbar. Das Personal sei nötig, um gesetzliche Aufgaben wahrzunehmen. Ansonsten würden diese nicht ausgeführt werden können.

Es folgen anschließend weitere Wortbeiträge von Herrn Lübbers (Die LINKE), Herrn Säker (SPD), Herrn Busch (SPD), Herrn Mohr (CDU), Herrn Ehlers (SPD), Herrn Schnabel (FDP) und Herrn Hansen (D90/Die Grünen) in denen weiter zum Haushaltsentwurf Stellung genommen wird und einzelne Anträge der jeweiligen Fraktionen, die den Abgeordneten vorliegen, erläutert werden. Herr Hansen stellt in diesem Zusammenhang den Antrag, die lfd. Nummer 67 der Änderungsliste zu streichen und diesen Betrag wieder in den Haushalt aufzunehmen.

Zum Verfahren verständigt sich der Kreistag darauf die einzelnen Punkte von TOP 8 abzuarbeiten, beginnend mit dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes.

TOP 8 d) Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes

Beschluss:

Der Kreistag beschließt den Wirtschaftsplan 2010 des Eigenbetriebes „Immobilienverwaltung des Kreises Segeberg“ mit folgenden Daten:

Zusammenstellung nach § 12 Abs. 1 EigVO für das Wirtschaftsjahr 2010

Aufgrund des § 5 Abs. 1 Nr. 6 der Eigenbetriebsverordnung in Verbindung mit § 97 der Gemeindeordnung in Verbindung mit § 57 der Kreisordnung hat der Kreistag durch Beschluss vom 10. Dezember 2009 - und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde - den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2009 festgestellt:

1. Es betragen
 - 1.1 im Ergebnisplan

die Erträge	12.312.400 EUR
die Aufwendungen	11.258.300 EUR
der Jahresgewinn	1.054.100 EUR
der Jahresverlust	0 EUR
 - 1.2 im Finanzplan

die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.687.200 EUR
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	6.523.500 EUR
2. Es werden festgesetzt:
der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitions-

förderungsmaßnahmen auf	3.836.300 EUR
2.1 der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0 EUR
2.2 der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	3.000.000 EUR

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 31 Ablehnung: 10 Enthaltung: 15

TOP 8 b) Ergebnis- und Finanzplan 2010 ff.

Beschlussvorschlag (Antrag Fraktion Die LINKE):

Der Kreistag beschließt:

1. Der Segeberger Kreistag erhöht den Satz für die Mahlzeitenförderung für bedürftige Schülerinnen und Schüler an Ganztagschulen von €1,- auf €2,50.
2. Der Segeberger Kreistag erhöht das Budget für die Mahlzeitenförderung im Teilplan 3631 von €50.000,- auf €125.000,-. Dieser Betrag ist regelmäßig dem tatsächlichen Bedarf anzupassen.
3. Der Segeberger Kreistag beauftragt die Kreisverwaltung damit, zusammen mit den Schulen ein Konzept für die Umsetzung der Mahlzeitenförderung zu entwickeln, das frei von möglicher Ausgrenzung und Diskriminierung ist und größere Akzeptanz bei den Eltern und Schulen findet.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 26 Ablehnung: 30 Enthaltung: -

Beschlussvorschlag (Antrag SPD-Fraktion):

Der Kreistag beschließt, der ASD erhält 3 zusätzliche Planstellen und der Fachdienst Adoptions- und Planstellenwesen wird um 2 Stellen aufgestockt. Die dafür benötigten finanziellen Ressourcen sind in Haushalt 2010 bereit zu stellen. Alternativ ist umgehend die notwendige Umschichtung im Personalbereich der Kreisverwaltung zu veranlassen um diesen unstrittigen Personalbedarf zu decken.

Zudem werden die noch verbliebenen Planstellenanteile für flexible Hilfen in Planstellen des ASD umgewandelt.

Im Rahmen der geplanten Neuordnung des Beratungswesens im Kreis Segeberg ist dann zu prüfen, ob der gelegentlich der Organisationsprüfung festgestellte Personalbedarf des Jugendamtes noch dauerhaft fortbesteht.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 26 Ablehnung: 29 Enthaltung: 1

Anschließend stellt der Kreistag fest, dass die in dem Antrag genannte Alternative nicht gesondert abgestimmt werden müsse, sondern dieses die Folge aus der aktuellen Beschlusslage sei.

Beschlussvorschlag (Antrag SPD-Fraktion):

Der Haushaltsansatz für Beihilfeaufwand für die Mitarbeiter von 100.000 Euro wird in den Haushalt eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 32 Ablehnung: 19 Enthaltung: 1

Damit erhöht sich der Betrag für die Deckelung der Personalkosten von 25,9 Mio. Euro auf 26 Mio. Euro.

Beschlussvorschlag (Antrag SPD-Fraktion):

Die Haushaltsmittel für die 0,5 Stelle im Sekretariat des ASD in Kaltenkirchen werden in den Haushalt eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 26 Ablehnung: 30 Enthaltung: -

Beschlussvorschlag (Antrag SPD-Fraktion):

Für die Stelle des Brandschutzingenieurs werden 64.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 25 Ablehnung: 29 Enthaltung: 2

Nach der Abstimmung erklärt Herr Wilken, dass er es bedauere, für diesen Punkt nicht die namentliche Abstimmung beantragt zu haben.

Beschlussvorschlag (Antrag SDP-Fraktion):

Der Haushaltsansatz 2010 für die Personalkosten wird auf 26,3 Mio. Euro gedeckelt.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 24 Ablehnung: 30 Enthaltung: 2

Beschlussvorschlag (Antrag Herr Hansen):

Die lfd. Nummer 67 wird aus der aktuellen Änderungsliste herausgenommen und der Betrag von 30.000 Euro in den Haushalt aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 47 Ablehnung: 5 Enthaltung: 4

TOP 8 c) Stellenplan 2010

Der Kreispräsident stellt den Stellenplan mit Ausnahme der Stelle des Referenten für die Landrätin zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 31 Ablehnung: 26 Enthaltung: -

TOP 8 a) Haushaltssatzung

Anschließend stellt der Kreispräsident die Haushaltssatzung zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt

- das Budget 2010 mit der aktuellen Änderungsliste
- die Haushaltssatzung 2010 (inklusive Stellenplan) mit folgenden Daten:

HAUSHALTSSATZUNG DES KREISES SEGEBERG FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2010

Aufgrund des § 57 der Kreisordnung in Verbindung mit den §§ 95 ff. der Gemeindeordnung wird nach Beschluss des Kreistages vom 10. Dezember 2009 und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr **2010** wird

1. im Ergebnisplan mit		
einem Gesamtbetrag der Erträge ¹ auf	226.219.300	EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen ¹ auf	231.705.900	EUR
einem Jahresüberschuss von		EUR
einem Jahresfehlbetrag von	5.486.600	EUR

und

2. im Finanzplan mit		
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	223.707.400	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	222.440.700	EUR
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	11.935.100	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	14.144.800	EUR

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	5.571.900	EUR
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	1.750.000	EUR
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf		

¹ Ohne interne Leistungsbeziehungen

35.000.000 EUR

4. die **Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen** auf 430,90 Stellen

§ 3

1. Der Umlagesatz für die **allgemeine Kreisumlage** wird festgesetzt auf **36** v. H.
2. Der Umlagesatz für die **zusätzliche Kreisumlage** wird festgesetzt auf **31** v. H.

Der für die Erhebung der zusätzlichen Kreisumlage maßgebliche Vomhundertsatz nach § 28 Abs. 3 FAG wird auf **120** v.H. festgesetzt.

§ 4

Der Kreis erhebt gem. § 5 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Schleswig-Holstein von den Städten und Gemeinden für die von ihm zu erbringenden Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II einen Kostenanteil. Der zu erstattende Kostenanteil wird auf 23 % festgesetzt.

Bei der Festsetzung des Kostenanteils wird die Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II und der vom Land gewährte Ausgleichsbetrag für die entstehende Entlastung des Landes jeweils in voller Höhe von den Leistungen nach Abs. 1 abgesetzt. Zur Erstattung ist diejenige Gemeinde verpflichtet, in der die Grundsicherungsempfängerin oder der Grundsicherungsempfänger ihren oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Die Ämter können mit Zustimmung der beteiligten ehrenamtlich verwalteten Gemeinden die Erstattung übernehmen.

Die Gemeinden leisten zunächst auf den von ihnen zu erbringenden Kostenanteil monatliche Abschlagszahlungen jeweils zum 15. eines Monats, die Abschlagszahlungen und endgültigen Abrechnungen erfolgen zwischen dem Kreis und den Städten, Ämtern und amtsfreien Gemeinden.

§ 5

Deckungsfähigkeiten nach § 22 und Zweckbindungen nach § 21 GemHVO-Doppik ergeben sich aus der Übersicht über die nach § 20 GemHVO-Doppik gebildeten Budgets.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 29 Ablehnung: 26 Enthaltung: 2

zu 8.1 Erhöhung der Mahlzeitenförderung für bedürftige Schülerinnen und Schüler an Ganztagschulen
Antrag Fraktion Die LINKE
Vorlage: DrS/2009/176

Der Antrag der Fraktion Die LINKE wurde im Rahmen der Haushaltsberatung unter TOP 8 beraten und abgestimmt.

zu 9 Änderung der Hauptsatzung
Antrag Fraktion B90/Die Grünen
Vorlage: DrS/2009/175

Herr Hansen (B90/Die Grünen) erläutert dem Kreistag den Antrag seiner Fraktion. Dabei verweist er auch auf den ursprünglichen Antrag aus dem Juli 2008, welcher bisher zurückgestellt worden sei. Aus seiner Sicht müsse der Planungs- und Umweltausschuss entlastet werden und daher habe er diesen Vorschlag unterbreitet.

Der Kreispräsident führt aus, dass in der Vorbesprechung vereinbart worden sei, dass heute noch kein Beschluss gefasst werden solle, jedoch ein konkreter Termin dafür gesetzt werden solle. Dies solle der 25.03.10 sein. Der Antragsteller erklärt sich mit diesem Verfahren einverstanden.

Beschlussvorschlag:

Nach dem einstimmigen Votum des Planungs- und Umweltausschusses in seiner Sitzung vom 23.11.2009 in obiger Angelegenheit möge der Kreistag beschließen, dem Änderungsantrag der Hauptsatzung des Kreises Segeberg vom 15. Juni 2008 in einem ersten Schritt zumindest in der Hinsicht zu folgen,

1. den ÖPNV-Beirat aufzulösen und
2. einen neuen Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zu gründen; im Unterschied zum Antrag im Juni 2008 soll dem Ausschuss zusätzlich noch der Bereich ÖPNV – inklusive Schülerverkehr - und Radverkehr (sog. Umweltverbund) übertragen werden (was naturgemäß die Entlastung des jetzigen Planungs- und Umweltausschusses und des Ausschusses für Bildung, Kultur und Schule um eben diese Themenbereiche bedeutet).

Abstimmungsergebnis:

Der Kreistag verständigt sich darauf, diese Thematik bis zur nächsten regulären Sitzung zurückzustellen und dann eine Entscheidung zu treffen.

zu 10 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.11.2009

Es werden keine Einwände gegen die Niederschrift erhoben. Bei zwei Enthaltungen ist diese einstimmig genehmigt.

zu 11 Aktuelle Fragezeit

Herr Sass-Olker (SPD) verweist auf die Vorlage DrS/2009/152, welche heute behandelt worden sei. Es sei dazu die Bitte an die Fachausschüsse gerichtet worden, sich diesem Thema anzunehmen, um dieses anschließend in Strategische Management einbinden zu können. Er bittet um Stellungnahme, ob dieses Thema als Leitbilddiskussion aufgenommen werden könne, evtl. im Rahmen einer gesonderten Sitzung des Kreistages.

Der Kreispräsident erklärt, dass dieses in der zweiten Jahreshälfte 2010 aufgenommen werden könne.

zu 12 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Der Kreispräsident schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Winfried Zylka
(Kreispräsident)

f.d.R. Eickstädt
(Protokollführer)